Zentrales Instrument zur Umsetzung eines ressourcenschonenden nachhaltigen kommunalen Flächenmanagements ist die kommunale Bauleitplanung, innerhalb derer die Siedlungsflächenentwicklung gesteuert werden kann. Innerhalb der Bauleitplanung aber auch darüber hinaus sind Maßnahmen zu ergreifen, die eine nachhaltige Flächenhaushaltspolitik befördern.

Flächeninventarisierung:
Wesentliche Voraussetzung für eine vorrangige Innenentwicklung ist eine Inventarisierung der vorhandenen Flächenpotenziale in Form von Baulücken und Brachen. Für die Wohnnutzung ist es zusätzlich wissenswert, Erkenntnisse über Leerstände sowie über zukünftig zu erwartende Leerstände zu haben. Alle Innenentwicklungspotenziale setzen voraus, dass diese durch den Eigentümer dem Flächen- und Immobilienmarkt zur Verfügung gestellt wurden. Oft ist eine Eigentümeransprache erforderlich, um Potenziale zu mobilisieren. Gleichzeitig sollten auch, über die deutsche und europäische Naturschutzregelung hinaus, für die Kommune schützenswerte Flächen identifiziert und als solche in die Bauleitplanung übernommen werden (siehe auch Erhebung von Flächenpotenzialen)

Fördermaßnahmen:
Neben Förderprogrammen von Bund und Ländern können auch Gemeinden oder Landkreise Förderprogramme für die Innenentwicklung anbieten (wie z.B. in der Verbandsgemeinde Wallmerod, Westerwaldkreis, Rheinland-Pfalz http://www.dorfboerse.de/). Möglichkeiten bieten sich vor allem im Bereich der Wohnnutzung, wodurch Eigentümer einen Anreiz erhalten, einen Altbestand zu sanieren, statt in einem Neubaugebiet zu bauen. Eine Altlastenuntersuchung bzw. im Fall der Kontamination eine Sanierung sind in vielen Fällen Voraussetzung dafür, dass Flächen wieder in den Verkehr gebracht werden können. In einigen Bundeländern gibt es hierfür spezielle Förderprogramme.

Interkommunale Kooperation:
Häufig ist der interkommunale Wettbewerb Auslöser für Flächenausweisungen, die weniger aufgrund konkreter Flächenbedarfe als vielmehr aufgrund des Wettbewerbs um Einwohner und Unternehmen erschlossen werden. Ein gemeinsames Flächenmanagement mehrerer Gemeinden könnte zu einer effizienteren Flächenhaushaltspolitik und in der Folge auch zu Kostenersparnissen führen. Eine Kooperation von Gemeinden im Flächenmanagement bedarf einer fachlichen Begleitung von Experten, da vertragsrechtliche Regelungen hinsichtlich des Einbringens von Flächen und des fiskalischen Ausgleichs notwendig sind.

Informatorische Instrumente, Öffentliche Beteiligung:
Die Information der Öffentlichkeit über Sinn und Nutzen eines nachhaltigen Flächenmanagements ist von wesentlicher Bedeutung für die öffentliche Akzeptanz von Maßnahmen. Sie trägt sowohl zur Bewusstseinsbildung bei, fördert allerdings auch das

bürgerschaftliche Engagement hinsichtlich der Mobilisierung von Flächen im Bestand, Naturschutz, Leitbildentwicklung etc. (vgl. Prozess Gläserne Konversion).